



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

49 (30.1.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201653](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201653)

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 14.—. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 45.—. Postfachnummer 17590. Kreisvertrieb in Baden und Nummer 1717. Zustellstellen am Rhein. Hauptpostamtstraße 1. A. L. Geschäfts-Redaktions-Verordnungsamt, Waldhofstraße Nummer 4. Fernsprecher Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Mk. 4.—, große Mk. 6.—. Stellenangebote u. Sam.-Anz. 50%. Nachsch. Reklame Mk. 10.—. Annoncenblatt: Mittagsblatt vorm. 8.—, Abendl. nachm. 7.—, Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgaben u. keine Verantwortung. Höhere Gebote, Streife, Beträge. Anzeigen aufm. berechnen zu sein. Erhaltenen Preisen 1. angef. oder beschränkte Ausgaben oder für vergrößerte Aufnahme von Anzeigen. Kostträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Rheinland und Reich.

Ein Bekenntnis zu deutschem Volkstum.

ED. Berlin, 29. Januar.

Der Reichsverband der Rheinländer hatte zu heute vor- mittag zu einer hochpolitischen Kundgebung auf- getreten, die sich gegen die Befassung des Rheinlandes richtete. Der große Kaiserjaal des „Rheingold“ konnte kaum die Men- schenmenge aufnehmen, die sich lange vor Beginn der Ver- sammlung eingefunden hatte, und zwar waren es Rheinländer aus allen Gauen der besetzten Gebiete. Zu dieser Kundgebung hatte auch das Kreiskommissariat für die besetzten Gebiete, der preussische Ministerpräsident und der Kultusminister Vertreter entsandt. Ferner waren erschienen der Gesandte Hessens in Berlin sowie zahlreiche Mitglieder des Reichstages und des Landtages. Die Kundgebung selbst richtete sich in der Haupt- sache gegen die laut Friedensvertrag vorgezeichnete 15 j ä h r i g e Besetzung, die dem Deutschen Reich und in erster Linie der Bevölkerung der rheinischen Gebiete schwere Lasten auf- legt, ohne daß damit ein praktischer Zweck verfolgt werden könne. Alle Redner wiesen darauf hin, daß das entwaffnete Deutschland, das zu ungeheuren Reparationsleistungen ver- pflichtet sei, nicht in der Lage sei, dauernd die ungeheuren Kosten der Besetzung zu tragen. Was die weiteren Aus- führungen der Redner anbetrifft, waren sie streng sachlich ge- halten und entbehrten vollständig des Stills der üblichen Pro- testationen. Die Worte der Redner waren hauptsächlich für das Ausland und für die Entente bestimmt. Sie sollten bis zu den Ohren des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, des französischen Ministerpräsidenten Poincaré und des amerikanischen Präsidenten Harding dringen, da- mit endlich dieses im Friedensvertrage von Versailles aufge- worfene Unrecht beseitigt werde.

Die Kundgebung wurde eingeleitet durch den Gesang des Berliner Lehrervereins. Sodann ergriff das Wort der Präsi- dent des Reichsverbandes der Rheinländer Dr. Kaufmann: Er führte u. a. aus: Die Rheinlande sind das heilige Gut des deutschen Volkes. Sie sind deutsches Schicksalsland, in dem auch jetzt wieder die Schicksalswürfel über die Reichsein- heit fallen werden. Einen Angriff auf die Rheinlande empfindet jeder Deutsche als einen Stich ins Herz. Die Stunde der Erlösung wird dem deutschen Rheine nicht ausbleiben, und die Berechtigung wird und muß sich behaupten. Es kommt der Tag, an dem ein freies Volk am freien Rhein seine Kräfte austreten lassen wird. Bis dahin müssen vom Reich ständige Wellen der Liebe und Treue an den Rhein fluten. Der alte, sagenumwobene Rhein soll Deutschlands Strom, nicht seine Grenze sein.

Hierauf übernahm, von Beifall begrüßt, Reichstagspräsi- dent Löbe das Präsidium. Er führte etwa folgendes aus: Um zum Ausdruck zu bringen, daß das Bekenntnis zum deut- schen Vaterlande, die Abwehr der Rheinlande, nicht Sache einer Partei, einer Konfession oder eines Volkstammes ist, sondern Aufgabe und Pflicht aller Deutschen, ohne Un- terschied der Parteien, übernehme ich das Präsi- dium. Es war ein fröhliches Wort, das Poincaré aussprach, als er sagte: Die Fristen zur Befreiung der Rheinlande haben noch nicht begonnen (Sehr richtig). Noch niemals, und das scheint man in Frankreich vergessen zu haben, führten Besetzungen fremdländischer Truppen dazu, Freundschaft zwischen zwei Völkern zu erzeugen. Weis Herr Poincaré wirklich nicht, daß es vor allem die Lasten der Besetzung ist, die Deutschland ver- hindert, seinen Verpflichtungen nachzukommen? Seine Ver- bündeten jenseits des Kanals und des Ozeans wissen das mehr schon und überzeugen können. Die Treue der Rheinländer wird durch die Drohung mit längerer Besetzung nicht erstickt werden. Sie wird vielfach das Bekenntnis unserer schwer- geprüften Landsleute verstärken. Wir bleiben deutsch! (Lang- anhaltender Beifall).

Hierauf sprach als erster Redner Reichstagsabgeordneter Hofmann-Ludwigshafen (Str.), der stürmisch begrüßt wurde. Wir Pfälzer sind die deutsche Wacht am Süd- westende des amputierten Reiches. Wenn Sie jemanden bei uns fragen, wann der Friede geschlossen wurde, wird er das kaum sagen können, denn wir haben noch keinen Frieden kennen gelernt. In Dingen stehen die Marokkaner, die Reichs- dämpfer zeigen die Trifolore und in Koblenz weht das Sternenbanner. Wir am Rheine sind Weiseln für Deutschland geworden und unsere Parole lautet: Dulden und ertragen für das große deutsche Volk. Wir im Saargebiet haben ohne Unterschied der Partei und der Konfession einen unerschütter- lichen Bund geschlossen. Der deutsche Gedanke läßt uns alles ertragen und wir leben in der Hoffnung, daß Einheit und Geschlossenheit des Reiches uns retten werden. (Stürmischer Beifall).

Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Moldenhauer- Köln als nächster Redner machte ungefähr folgende Ausführ- ungen: Poincaré hat in seiner großen Kammerrede erklärt, daß die Fristen für die Befreiung der Rheinlande noch nicht zu laufen begonnen hätten. Damit hat er die Pläne Frankreichs für jeden klar und deutlich enthüllt. Es sind nicht die Pläne von heute, sondern Frankreich glaubt offenbar an dem Ziele seiner Wünsche zu sein, die es durch Jahrhunderte hindurch niemals aufgegeben hat. Daher der 1917 mit Rus- land abgeschlossene Geheimvertrag, der die Rheinlande von Deutschland trennen und französischer Macht unter- werfen wollte. Der Friedensvertrag erfüllte nicht alle

Wünsche. Er gab nur einer angeblichen Völkervereinigung das unglückliche Saargebiet in die Macht Frankreichs, die dort rücksichtslos ausgenutzt wird und die uns Rheinlan- dern erschreckend zeigt, welches Schicksal uns winkt, wenn Poincares Blütenräume reifen. Die Verewigung der Besetzung soll die wirtschaftliche und politische Orientie- rung nach dem Osten vorbereiten, soll die Rheinlande so zer- mürben, daß sie schließlich um dem furchtbaren Druck zu ent- gehen, in die Trennung vom Reich einwilligen. Dieser neuen Willkür gegenüber erheben wir unsere Stimmen. Klar und deutlich legt der Vertrag von Versailles die Fristen fest. Nir- gends im Friedensvertrag findet die Auffassung Poincares, daß der Lauf der Fristen von deutschen Vorleistungen abhängen, eine Stütze. Der Reichsminister Simons hat seinerzeit aus- drücklich die französische Ansicht zurückgewiesen, aber wir for- dern mehr als dieses verbriefte Recht. Wir stimmen vollkom- men mit der Auffassung mit Lloyd George überein, daß der Wiederaufbau des zerstörten Frankreichs unmöglich für Deutschland ist, wenn die schweren Besatzungskosten alle ver- fügbaren Mittel in Anspruch nehmen. Ist es nicht ein Verstoß, daß die schweren Wunden des Krieges nicht heilen wollen, weil Frankreich alle Reparationszahlung für den Unterhalt einer großen Armee in Deutschland verwendet, die als schwerster Druck von den Rheinländern empfunden wird. Kein Volk kann auf die Dauer lange Besetzung ertragen, hat einmal vor einem halben Jahre Lloyd George gesagt, weil die Fraktionen, welche eine solche Besetzung unwillkürlich mit sich bringen, je länger, desto stärker werden. Wer auf eine Befreiung der Welt hofft, wer will, daß das Nichtwahr, das die Völker trennt verschwindet, oder zurückgedrängt wird, der muß mit uns Rheinländern möglichst baldigen Abbau der Be- setzung wünschen. Poincaré vertritt die Gewalt, die sich über das Recht hinwegsetzt, vertritt den Gedanken der Störung des Völkerruhens, der Hinderung der Befreiung der Welt. Wir kämpfen für unser gutes Recht, für unsere Heimat, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für eine Befreiung der Welt nach all den schweren Jahren des Kampfes und der Zwietracht. Weil unsere Sache die gerechte ist, wird sie siegen, wird der Rhein deutsch bleiben.

Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter Sölmann (Sox.) Köln, für die rheinischen Sozialdemokraten, und sagte u. a.: Die rheinischen Arbeitermassen stehen nicht nur gefühlsmäßig zu Deutschland, sie wissen, daß rheinische Industrie und Handel im Laufe des Jahrhunderts großer kapitalistischer Entwicklung so mit dem deutschen Wirtschafts- gebiet verknüpft sind, daß sie nur unter schwersten dauernden Krisen davon losgelöst werden können. Die rheinischen Ar- beiter sind aber auch ein Teil der großen wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen Deutschlands, der größten proletarischen Kampforganisation der Welt. Sie wollen nicht durch die Trennung von dieser zur Ohnmacht verdammt werden. Die rheinischen Arbeiter sind politisch gleich- berechtigte Bürger des deutschen Volksstaates, einer Demo- kratie der — trotz ihrer Unvollkommenheit — im Westen Europas nichts gleichwertiges an die Seite zu setzen ist. Wir haben keine Lust unter die Fittiche der rein capita- listischen französischen Bourgeoisrepublik zu kommen. Schließlich sind auch die rheinischen Arbeitermassen Teilhaber des deutschen Kulturkreises, des deutschen Sprachge- bietes. Er schloß: „Hätte wohl von dem deutschen Lande und dem deutschen Volke am Rhein! Der Friede Europas und die Veröhnung Deutschlands u. Frankreichs erfordern, daß die Rheinlande bleiben, was sie sind: Ein Glied des Deutschen Reiches! Ferner sprachen Pastor Kroll, Ingelheim, der ebenio ein starkes Bekenntnis zum Reich abgab, wie Abg. Dr. Bachem, der die französische Kleinarbeit der friedlichen Durchdringung beleuchtete und schloß: Die Führer der rheinischen Bevölkerung haben wieder- holt in gemeinsamen Entschlüsseungen deutsch zum Ausdruck gebracht, daß sie sich gegen alle diese Bestrebungen einmütig wenden, die auf die Zerrümmung des Staatsgebäudes ge- richtet sind. Die rheinische Bevölkerung wird selbst diejenige sein, die ihr eigenes Schicksal in der Hand hat.

Es ist klar, daß die rheinische Bevölkerung, die so deutsch ist und so deutsch war, wie irgend eine andere Bevölkerung in Deutschland, das, was ihr selbst an Machtbefugnissen in die Hand gegeben wird, je deutlicher sie die französische Politik vor Augen sieht, immer mehr darauf hin- tendert, den deutschen Gedanken und diesenigen alten Zusammenhänge zu kräftigen, die der französischen Politik als die allerstärksten Bollwerke erschienen sind. Ich bin davon überzeugt, daß alle deutschen Parteien und alle deutschen Stämme dem Rheinland bei dieser seiner wichtigen Aufgabe in jeder erdenklichen Weise helfen werden.

Zum Schluß verlas Reichstagspräsident Löbe folgende

Entscheidung.

die einstimmig angenommen wurde: Auf den besetzten Rhein- landen und dem Saargebiet lastet schwerer moralischer, poli- tischer und wirtschaftlicher Druck, der ein hohes Maß an der For- derung wahren Friedens und die Verständigung der Völ- ker ist. Die Versammlung der Rheinländer, in der die gewählten Vertreter des rheinischen Volkes gesprochen haben, verlangt scharfen Protest gegen diese Zustände und fordert die Befreiung ihrer Brüder und Schweslern am Rhein und an der Saar, insbesondere die Zurückziehung der far- bigen Truppen. Die Versammlung gibt endlich ihrem Stolz auf die nationale Treue des Rheinlandes und des Saargebiets Ausdruck.

Die innere Lage.

Wie wird sich nach dem Abschluß des Steuertrompmisses die innere Lage gestalten? Hat es der großen Koali- tion den Weg geebnet? Es ist schon am Samstag an dieser Stelle gemeldet worden, daß vermutlich noch große Schwie- rigkeiten zu überwinden sein werden. Wie bekannt, stellt die Deutsche Volkspartei gewisse Bedingungen für ihren Eintritt in das Kabinett. Vor allem, um den Alliierten jeden Vor- wand zu nehmen, Befreiung der Rikwirtschaft in den Reichsbetrieben und den Reichsfinanzen. Es muß endlich ein Ende damit gemacht werden, daß wir in Deutschland das Wichtigste, was es zurzeit gibt, die wirtschaftliche Produktion, den schwersten Hemmnissen unterworfen, weil die öde und schände Parteipolitik sich gerade dieses Feld für ihren Triumph aussucht. Die Reichsvertehrbetriebe müssen endlich wieder vernünftig und sachgemäß verwaltet werden. Auch die deutsche Wirtschaftspolitik muß so behandelt werden, daß sie endlich aufhört, ein sozialistisches Versuchs- objekt zu werden, das von einem sozialistischen Minister und von einem sozialistischen Staatssekretär betreut wird. Es handelt sich hier um außerordentlich ernste Fragen. Und für die richtige und sachgemäße Behandlung ist jetzt die letzte Möglichkeit gegeben, wenn wir unsere innere Wirtschaft und unsere Finanzen noch weiter selbst in der Hand behalten wollen. Deutschland muß jetzt zeigen, was es auf diesem Ge- biete zu leisten vermag, wenn es überhaupt noch an der Mitbestimmung seines Schicksals beteiligt sein will. Deshalb hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ganz bestimmte Bedingungen aufgestellt, von deren Erfüllung sie ihre endgültige Zustimmung zum Steuertrompmiss ab- hängig macht. Sie bedeuten: Die besten Fachkräfte auf die Posten der Verkehrs- und Wirtschaftsämter. Wir werden bald sehen, ob das Kabinett Dr. Wirth die Not-wendigkeit der Stunde erkennt. Vorläufig sind noch keine Anzeichen dafür vorhanden. Im Gegenteil, Dr. Wirth sperrt sich erheblich. Die „Germania“ schrieb gestern:

„Gewiß muß das gegenwärtige Kabinett erweitert wer- den, aber die Ergänzung sollte unserer Meinung nach mit weiser Ueberlegung Zug um Zug erfolgen, ohne auch nur in Erörterungen über Kabinetts-„Krisen“ einzutreten. Noch viel weniger sollte es dabei zum Handeln um Personen kommen; streng sachliche Gesichtspunkte allein dürfen maß- gebend sein. In dieser Richtung haben wir volles Vertrauen zu dem gegenwärtigen Reichskanzler, Herr Wirth hat heute eine so feste politische Position, daß er sehr wohl die Ergänz- ung des Reichskabinetts in die Hand nehmen kann und sie auch durchführen wird, die die Politik, und wie sie allein, es fordert. Der Kanzler und mit ihm der Deutsche Reichstag haben soeben eine große politische Tat vollbracht. Als eine solche ist der Ausgang der Verhandlungen und Beratungen dieser Woche ganz ohne Frage zu werten. Da wollen wir denn doch alles tun, auf dieser Höhe zu bleiben und nicht zur parteipolitischen Wunschzettelpolitik zurückkehren.“

Die Frankfurter Zeitung ist außerordentlich befriedigt von dieser Leistung des Wirth-Blattes und erklärt, es liege nicht im Sinne des Herrn Wirth, sich auf ein Handeln am Reforts bedingungslos einzulassen.

Wir wissen also noch nicht, was werden mag. Die Lage wird verwickelter durch das Problem Rathenau. Walter Rathenau — so wird vielfach behauptet — ist schon seit längerem der eigentliche Leiter der deutschen Geschäfte. Deutschland sei in der Hand der Macht Rathenau und Herr Wirth sei ihr Beauftragter, der in geschicktem populären Redefuß- gestützt auf die großen Massenparteien, die Intentionen dieser Macht verwirklicht. Wir wissen nicht, ob dem so ist, und lassen die Frage offen. Jedenfalls aber zeigt Herr Dr. Wirth den gewolltesten Eifer daran, Herrn Dr. Rathenau auch äußerlich zu dem zu machen, was er angeblich in Wirklichkeit schon ist, er soll das Kuswärtige bekommen, das Herr Wirth bisher freigehalten hatte.

Die Schwierigkeit aber ist, daß Herrn Rathenaus außen- politischen Wirken weder in der Demokratischen noch in der Deutschen Volkspartei ungeteiltem Beifall begegnet. Es ist kein Geheimnis, daß ein sehr starker Flügel der Demokratischen Partei sich von Rathenaus außenpolitischen Wirken keinen Segen verspricht, und die Deutsche Volkspartei hat es mehrfach abgelehnt, in ein Kabinett Wirth-Rathenau einzutreten.

Man wird gespannt sein dürfen, ob und wie diese Schwierigkeiten sich lösen werden. Es ist nicht zu übersehen, daß Herr Dr. Wirth und seine Freunde stark nach links gerichtet sind, die Politik der Deutschen Volkspartei wie auch wohl des rechten Flügels der Demokratischen Partei eigentlich für fehlerhaft halten und überzeugt sind, daß im Kern der sozialistisch-demokratischen Auffassung die eige- nliche Kraft der Wiederaufrichtung Deutschlands liegt. Ihre Außenpolitik ist weniger auf Wiederaufrichtung politischer Macht als auf Völkerveröhnung im Sinne pazifistischer Kreise gerichtet; vor allem auf die Veröhnung Frankreichs — kein Poincaré, keine Enttäuschung macht sie irre.

Man sieht, es wird nicht ganz einfach sein, diese inneren wie äußeren Gegensätze auszugleichen. Aber man muß hoffen, daß das Bewußtsein nationaler Notwen- digkeit alle Hemmnisse siegreich überwindet und Herr Wirth begreift, daß in seine Hand die Verantwortung für Gesamtdeutschland gegeben ist, ein Regierungschef den Parteimann geradezu verdrängen muß.

Der Reparationsplan für 1922.

Keine bindenden Zusagen.

Wie gemeldet, ist die deutsche Antwort auf die letzte Note der Reparationskommission am Samstag überreicht worden. Im dem Inhalt der Note ist das eine besonders wesentlich: Daß die deutsche Regierung sich die Hände nicht gebunden hat. Die ursprüngliche Absicht mit bestimmten Leistungszielen, sowohl in bar wie in Sachleistungen herbeizuführen, ist erfreulicherweise wieder aufgegeben worden. Die Regierung hat sich darauf beschränkt, die deutsche Wirtschaftslage, wie es schon in Cannes geschehen ist, der Reparationskommission auseinanderzusetzen und daraus die einzig möglichen Schlüsse negativer Art zu ziehen. Bekanntlich hat das Freisich und Markten um das nicht vorhandene deutsche Gold in Cannes dazu geführt, daß die ursprüngliche zwischen Belgien und Lloyd George vereinbarte Summe in die Höhe gesetzt wurde. Von 500 Millionen Goldmark im Jahre steigt man auf über 700. Die deutsche Regierung läßt keinen Zweifel daran, daß derartige Vorsummen im Jahre 1922 die deutsche Leistungsfähigkeit weit übersteigen. Klugerweise enthält sie sich, eigene Vorschläge zu machen. Denn jede deutsche Regierung, die auf Grund der Wirtschaftslage irgendwelchen nennenswerten Goldbeitrag als mögliche deutsche Leistung nennen wollte, müßte sich dem Vorwurf der Unethischkeit gefallen lassen. Deshalb hat die Regierung recht daran getan, daß sie der sogenannten Reparationskommission keine Illusionen vorspielt. Sie war sich doch wohl der ungeheuren Verantwortung bewußt, die sie diesmal auf sich nehmen soll. Denn jeder positive deutsche Vorschlag, den die deutsche Regierung freiwillig gemacht hätte, wäre absolut bindend und verpflichtend gewesen. Das ist vermieden worden. Es bleibt somit jetzt der Entente vorbehalten, aus den wirtschaftlichen Darlegungen, die die deutsche Regierung gemacht hat, selbst ihre Schlüsse zu ziehen. Wenn sie es unternimmt, uns neue unmögliche Leistungen aufzuerlegen, so wird sie es auf dem Wege des Diktats tun müssen. Und dann wird die Entente die Verantwortung für das tragen müssen, was sie damit anrichtet.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Entente, die sich an die Ueberreichung der deutschen Note anknüpfen werden, sind von besonderem Interesse.

Der Wortlaut der Note.

Br. Berlin, 28. Jan. Die heute dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung um die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Die Reparationskommission hat durch Entscheidung vom 18. Januar 1922 der Regierung für die beiden Halbjahre vom 15. Januar und 15. Februar 1922 einen Zahlungsaufschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen a) ein Reformprogramm für den Haushalts- und Notenumlauf, b) ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachleistungen für das Kalenderjahr 1922 vorbringt. Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Verlangen.

I. Reform des Haushalts und des Notenumlaufs.

Der deutschen Regierung und der Volksoberleitung ist es gelungen, den Abbruch der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Reichsfinanzen unter Ueberwindung größter Schwierigkeiten nunmehr zu sichern. Das Ziel dieser Reform, welche der deutschen Regierung schwerste Opfer auferlegt, ist, das Gleichgewicht des Haushalts herzustellen. Zu diesem Zwecke werden die Einnahmen auf das äußerste gesteigert und die Ausgaben auf das Nötigste eingeschränkt. Die außerordentlichen Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern so weit wie möglich durch Anleihen gedeckt werden.

1. Sanierung der Einnahmen.

Das Einkommen aus den Quellen der Besteuerung wird durch Ausbau des Steuerrechts in den dem Reichstag zur Zeit vorliegenden Gesetzesentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalertragssteuer und Körperschaftsteuer) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Die Besteuerung des Besitzes nötig in nicht geringem Umfange die Steuerpflichtigen in die Substanz ihres Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf die Einnahmen des Einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauchs vermindert. Durch die Umsatzsteuer, die von 1 1/2 auf 2 Prozent und die Schenksteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 auf 40 Prozent erhöht werden soll, sind die Produktion und der Verbrauch in höchstem Maße vermindert. In den zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Entwürfen sind wichtige Zölle und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Zölle sollen auf der wirklichen Goldbasis erhoben werden. Unter diesen Umständen erfährt der Verbrauch in Anbetracht der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung eine Gesamtablastung, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich ist. Die Durchführung der Steuererhöhungen ist sehr schwierig. Die notwendige Umstellung der einzelnen staatlichen Verwaltungen auf die einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen vollzogen. In welchem Umfange werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht wird die Veranlagung und Erhebung immer mehr an den Zeitpunkt der Steuererhebung herangeführt. Gegen die Kapital- und Ertragssteuer sind energische Maßnahmen getroffen, insbesondere ist das Bankverbot durch Gesetz aufgehoben. Der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörden überwacht. Die durch Kapitalverkehr bereits in das Ausland abgewanderten Vermögensgüter die deutsche Regierung durch internationale Rechtsabkommen zu erfassen. Des vorstehenden in seinen Grundzügen angelegten Steuerprogramm wird in Anlage I erläutert. Die Tarife der Verwaltungen von Post und Eisenbahn sind nach Durchführung der bevorstehenden Erhöhungen gegenüber den Tarifen der Verkehrsart im Durchschnitt wie folgt festgesetzt: im Eisenbahn-Personenverkehr auf das 15 bis 19fache, im Eisenbahn-Güterverkehr auf das 15fache und im Post- und Telegraphenverkehr auf das 21fache.

2. Beschränkung der Ausgaben.

Durch die Vorschriften des Haushaltsgesetzes sind Vorsehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen. Die Zuschüsse für die Lebensmittelzubereitung werden nach einem besonderen Plan im Laufe des Rechnungsjahres 1922 beseitigt. Sie betragen im Rechnungsjahre 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahre 1922 nur noch 1 Milliarde Papiermark erfordern. Der Preis für die Lebensmittel wird am 16. Februar 1922 ab um 75 Prozent erhöht. Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind 1/3 des inzwischen erheblich gesunkenen Gesamtwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich auf 3 Milliarden Papiermark, herabgesetzt worden. Bei den Verwaltungen der Post und der Eisenbahn sind organisatorische Reformen durch Verminderung der Ausgaben im Gange, jedoch vom 1. April 1922 ab die Betriebsausgaben durch Betriebsentnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind so knapp wie möglich bemessen. Sie betragen nun ein Drittel des Anlagevermögens. Ein dem Reichstag vorliegender Gesetzesentwurf führt durch strenge Vorschriften die finanzielle Umstellung und genaue Einbeziehung des Haushaltsplans. Auf diese Weise bringt der Haushaltsplan des Reiches für 1922 zur Deckung

der Ausgaben für die allgemeinen Zwecke des Friedensvertrages und die Reparationsleistungen einen Ueberschuß von 18 1/2 Milliarden Papiermark, 10 1/2 Milliarden an arbeitslosen Einnahmen (siehe S. 7 Milliarden an laufenden Ausgaben gegenüber).

3. Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs.

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auslösung einer inneren Anleihe versuchen. Die erste 1919 aufgelegte Sparprämienanleihe hat dem Reich trotz Auslösung mit mannigfachen Vorbehalten nur 1,8 Milliarden zugeführt. Sie muß also als ein Mißerfolg bezeichnet werden. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassen inneren Anleihe wird erst dann vorhanden sein, wenn das Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands wieder hergestellt ist, und wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst einer fundierten Reichsanleihe nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung zur Auslösung einer Zwangsanleihe schreiben, deren Ertrag bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Rentenpresse finanzieren zu können. Dem Bedenken, das die alliierten Regierungen aus der rechtlichen Abhängigkeit der Reichsbank vom Reichstanzler entnehmen, wird die deutsche Regierung Rechnung tragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zurzeit rechtlich bestehende Befugnis des Reichstanzlers zu Eingriffen in die geschäftliche Leitung der Reichsbank beseitigt und somit ihre Autonomie gesichert wird. Ueber die gesamten Maßnahmen, welche zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, geben die weiteren Angaben dieser Note den erforderlichen Aufschluß. Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bietet Gewähr dafür, daß für die Einschränkung der schwebenden Schuld und die Stilllegung der Rentenpresse alles geschieht, was von der deutschen Regierung billigerweise erwartet werden kann. Die deutsche Regierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß genaue Statistiken über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Reiche üblich gewesenen Weise veröffentlicht werden.

II. Das Programm für die Reparationsleistungen des Kalenderjahres 1922.

Die vorstehend dargelegte Reform des Reichshaushalts gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungspflichtigkeiten. Sie kann jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen. Die Einnahmen des Reiches bringen in der Hauptsache nur Papiergeld, mit welchem bei der nahezu völligen Entwertung der Mark die Reparationszahlungen in Goldmark nicht geleistet werden können. Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, und zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark führten und die es Deutschland trotz höchster Kraftanstrengung zurzeit unmöglich machen, die gesamten Reparationsleistungen aufzubringen.

In der Hauptsache sind dafür folgende Faktoren bestimmend: Rohstoffe besitzt Deutschland außer Kohle nur noch wenig. Die Produktionskraft, insbesondere der Landwirtschaft, ist erheblich zurückgegangen. Der unentbehrliche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt jährlich je 2 1/2 Milliarden Goldmark. Der Wert der Ausfuhr fiel von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark. Das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise eine Verminderung der Ausfuhr auf etwas mehr als den vierten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege. Die Zahlungsbilanz ist jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist eine anhaltende Stilllegung der Mark nicht möglich. Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Devisen eine neue Erschütterung des Marktes herbei. Gleichzeitige Entwertung der inneren Einnahmen, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu den Reparationsleistungen immer mehr. Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für längere Zeit, mindestens aber für das ganze Jahr 1922, von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien. Die deutsche Regierung verfährt sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen selbst die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter den politischen Notwendigkeiten zurückstellen muß. Der deutschen Regierung ist bekannt, daß von allerseitiger Seite in Cannes für die Reparationsleistungen Deutschlands für das Jahr 1922 folgende Ziffern in Erwägung gezogen wurden: 720 Millionen Goldmark an Barzahlungen, bis zu 1400 Millionen Goldmark an Sachleistungen. Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuwirken, daß die Mittel zur Deckung so bedeutender Leistungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform zum größten Teil nur durch eine Erhöhung der schwebenden Schuld beschafft werden können und daß sie mit Rücksicht darauf bitten muß, die deutschen Barzahlungen nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringere Beträge festzusetzen. Gleichwohl, wie die Festlegung der Reparationsleistung für das Jahr 1922 erfolgen mag, schließt die deutsche Regierung auf Grund der Vorbesprechungen folgendes

Programm für die Art und Weise der Erfüllung

- a) auf die festzusetzenden Beträge werden die Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Fälligkeit vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt sind oder bewirkt werden. Die im Jahre 1922 danach zu leistenden Barzahlungen werden auf die Monate des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt;
 - b) die in fremder Währung zu erhaltenden Befragungen werden auf die Gesamtleistungen des Jahres 1922 verrechnet. Die in Papiermark zu leistenden Beiträge zu den Befragungen werden bedeutend ermäßigt;
 - c) die übrigen, in fremder Währung zu leistenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage, insbesondere die Lasten auf Grund des Ausgleichsverfahrens werden im Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.
- Was die Sachleistungen anlangt, so gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräfte an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken; in diesem Geiste wurde das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen. Die deutsche Regierung ist bereit, auch mit den anderen alliierten Regierungen ein Abkommen über Sachleistungen abzuschließen. Bei Bemessung der Sachleistungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch die Goldzahlungen erfordern, soweit das ausländische Rohstoffe gebraucht werden. Die deutsche Regierung bittet, daß die Sachleistungen für jedes beteiligte Land getrennt festgesetzt und daß sie insoweit angefordert werden, wie sie für das Jahr 1922 wirklich gebraucht werden.

III. Die Leistungsfähigkeit nach 1922.

Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß die Regelung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 allein nur den ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet. Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorstehenden Erläuterungen ergeben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es erscheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage auf längere Zeit Vorkehrungen zu treffen. Dies sollte schleunigst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder einen lähmenden Einfluß ausübt.

Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann instand sein, wenn ein Kredit des Auslandes und des Auslandes für

Finanzoperationen großen Eils in Anspruch genommen wird. Zur Zeit wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem inländischen noch von dem ausländischen Kapitalmarkt anerkannt. Es fehlt allgemein dem Vertrauen, daß Deutschland instand sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen wirtschaftlich so zu erheben, daß es als zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationsanleihe angesehen werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist die Voraussetzung für eine beschleunigte Lösung des Problems. Die deutsche Regierung bittet daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im Inland und Ausland wieder herstellt und eine große Reparationsanleihe durch ein internationales Zusammenwirken möglich macht.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gen. Dr. Birly.

Anlagen:

1. Uebersicht über das Steuerrecht, Durchführung der Steuererhöhungen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht mit Tabellen über die steuerliche Belastung im Vergleich mit England und Frankreich.
2. Uebersicht über den Abschluß des Haushaltsplanes für 1922.
3. Uebersicht über die bei Post und Eisenbahn durchgeführten und geplanten Reformen.
4. Programm für die Beseitigung der Zuschüsse für die Verbilligung der Lebensmittel.

Enttäuschung, Verlegenheit, Beunruhigung.

Br. Paris, 29. Jan. „Oeuvre“ berichtet, der Vertreter Frankreichs im Reparationsausschuß, Dubois, machte gestern nachmittag Poincaré von seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung angesichts der deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage Mitteilung und verlangte von ihm Ratsschläge, wenn nicht gar Direktiven. Der Vorsitzende des Wiederherstellungsausschusses glaube, daß die Entschuldigungen, die von ihm und seinen Kollegen verlangt würden, ihre Autorität übersteigen und daß die Regierungen selbst sie treffen müßten. Das setzt ein Einverständnis zwischen Frankreich und England voraus. Über angelegte der Verhandlungen über den Sicherheitspakt und die Orientfrage müsse man sich an den Ausspruch Lord Grey in Edinburgh erinnern, daß das Vertrauen zwischen der französischen und britischen Regierung noch niemals seit 1914 so gering gewesen sei, wie in diesem Augenblick.

Die Ministerkonferenz in Paris.

Br. Paris, 30. Jan. Der italienische Außenminister Della Torretta wird morgen von Rom nach Paris abreisen und am Dienstag dort eintreffen. Der englische Außenminister Lord Curzon wird jedenfalls am Dienstag in Paris erwartet. Die Konferenz der 3 Außenminister wird am 1. Februar unter dem Vorsitz Poincarés eröffnet werden.

Genua.

Br. Stockholm, 28. Jan. Die schwedische Regierung hat die Einladung Italiens zu der Konferenz von Genua mit einer Note beantwortet, in der es u. a. heißt: Durch den Beitritt zum Völkerbund und durch die Tätigkeit, die es darin entfaltet hat, hat Schweden bereits sein lebhaftes Interesse für die Aufgabe deutlich bewiesen, die ganz besonders dieser Gesellschaft obliegt, nämlich darauf hinzuwirken, den Frieden auf gesunder Grundlage aufzubauen. Die schwedische Regierung glaubt deswegen, die an sie gerichtete Einladung annehmen zu müssen. Sie tut dies in der Erwartung und in der Hoffnung, daß die Beteiligung an der Konferenz von Genua so allgemein sein wird, daß sie ermöglicht, endlich in dem Geiste gegenseitigen guten Willens und durch gemeinsames Vorgehen das beste und wertvollste Ergebnis zu erzielen.

Deutsches Reich.

Eisenbahnerbewegung.

Br. Berlin, 30. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Infolge der Streikandrohung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter hielten die anderen Eisenbahngewerkschaften eine Besprechung in der Eisenbahngewerkschaftsorganisation gestern durchweg Vorbesprechungen ab. Sie waren jedoch unterbündlich, da jeder Verband erst die offizielle Stellungnahme der Reichsgewerkschaft abwarten wollte. Auch im Reichsverkehrsministerium harter man gestern auf entscheidende Beschlüsse der Gewerkschaft. Die Reichsgewerkschaft hat ihren erweiterten Vorstand auf den kommenden Mittwoch am neuen nach Berlin berufen. Erst dann werden die entscheidenden Beschlüsse gefaßt werden. Den in jedem Falle verbleibenden verhängnisvollen Streik schon in der letzten Nacht zu entseifen, scheint doch nicht beabsichtigt gewesen zu sein.

Baden.

Vom Landtag.

Br. Karlsruhe, 29. Jan. Der Landtagsausschuß für Besuche und Besuchen hat seine Tätigkeit aufgenommen. In seiner Sitzung wurde die Frage aufgeworfen, ob Besuche, die eigentlich Reichsangelegenheiten sind und deshalb durch Reichsbeamten erledigt werden müssen, in dem Ausschuss überhaupt behandelt werden sollen. Zunächst werden sich die Fraktionen mit dieser Frage befassen und dann wird der Ausschuss einen endgültigen Beschluß fassen.

Br. Karlsruhe, 28. Jan. Dem Landtag ist eine Denkschrift der Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahnbeamten über ihre Befolgung zugegangen.

Die Bewegung unter den Jungbauern.

Br. Freiburg, 28. Jan. Die erhalten folgende Mitteilung: Der in den letzten Dezembertagen neu gegründete Landesverband der Jungbauernschaft Badens hat seit dieser seiner Gründung sehr erhebliche Fortschritte gemacht und zählt bereits 40 Ortsgruppen, die sich auf die verschiedenen Bezirke Badens verteilen.

Br. Karlsruhe, 29. Jan. * Aus Berlin wird uns gemeldet: In dem neuen Haushaltsplan für 1922 sind u. a. ausgeworfen als Beitrag des Reiches für die Einrichtung der technischen Prüfungs- und Lehranstalt, sowie der Lehranstalten für Zollbeamten in Karlsruhe und Stuttgart 22 Millionen Mark.

Letzte Meldungen.

Koalitionsfragen.

Br. Berlin, 30. Jan. (Von unfr. Berl. Büro.) Die Koalitionsverhandlungen können auf alle Fälle noch nicht von heute zu morgen abgeschlossen werden. Das ist auch die Auffassung der „D. A. Z.“, die bestätigt, daß Einigungen zwischen den Fraktionen und zwischen der jetzigen Koalition und der Deutschen Volkspartei auf der einen Seite und der Regierung auf der anderen Seite noch keineswegs getroffen worden seien. Am Samstag fand eine Unterredung zwischen dem Reichstanzler und den beiden Vorsitzenden des Zentrumspartei, bei der auch die Frage der Regierungsumbildung gestreift wurde.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Badische Beamten-Genossenschaftsbank.

Als sehr beachtenswerte soziale Einrichtung für die Beamenschaft Badens ist die vom Land eskar 1911 Baden des Deutschen Beamtenbundes im November v. Js. gegründete Badische Beamten-Genossenschaftsbank e. G. m. b. H. in Karlsruhe am 1. Januar in Tätigkeit getreten.

Diese außerordentlich hohe Zinsleistung erreicht die Badische Beamten-Genossenschaftsbank durch Anwendung eines eigens dazu ausgearbeiteten Buchungs- und Geschäftsverfahrens, das nur ganz geringe Kosten verursacht und dennoch unbedingte Sicherheit bietet.

Ein ganz besonderer Vorteil liegt aber noch darin, daß auch Barabhebungen bei den Behörden für den betr. Beamten in gleicher Weise durch Hinabgabe einer solchen Ueberweisung ermöglicht wurden, nachdem der Herr Reichsanwalt durch einen Erlaß vom 3. November v. J. die Behörden zur Einlösung der Beamtenchecks ermächtigt hat.

Es ist anzunehmen, daß durch diese neue Errungenschaft allmählich der gesamte Gehaltszahlungsverkehr für die Beamten bargeldlos bewirkt werden kann und die berüchtigte Rentenprelle für die Zahlung der Beamtengehälter nicht mehr nötig wird.

Die pfälzischen Handelskammern.

Zweibrücken, 26. Jan. Lebhaftige Beschwerden über die Zusammensetzung und die Richtauswahl von Neuwahlen der pfälzischen Handelskammern wurden in der Jahresversammlung des Detailistenvereins Zweibrücken erhoben und festgestellt, daß für diese allmählich anerkannten Organisationen des Handelsstandes schon seit über einem Jahrzehnt keine Wahlen mehr stattgefunden haben.

in denen es unmöglich sei, daß Kaufleute als Mitglieder geführt oder gar die Mehrheit hätten. Auch die Zusammensetzung der pfälzischen Handelskammer wurde kritisiert und darauf hingewiesen, daß die Gremien wieder die Kammer beschließen und in ihrer derzeitigen Zusammensetzung dazu beitragen, daß es in den Kammeritzungen zu Ludwigshafen von Gehelm- und sonstigen Räten wimmle, der Kleinfachmannsstand, für den diese Einrichtung in erster Linie bestimmt ist aber nur ein bescheidenes Dasein führe.

Städtische Nachrichten.

Erhöhung der Eisenbahn-Fahrpreise ab 1. Februar

Wie bekannt, werden ab 1. Februar die am 1. Dezember v. J. um 30 Prozent gestiegenen Fahrpreise der Eisenbahn um weitere 75 Prozent erhöht. Dies bedeutet gegen die Fahrpreise vom 1. Juni 1921, über welche wir im März v. J. ausführliche Zusammenstellungen brachten, eine Gesamterhöhung von 127,5 Prozent.

Table with 4 columns: Klasse I, II, III, IV. Rows for 10, 100, 1000 Kilometers and 1-75, 76-150, 151-300 kilometers.

Table with 2 columns: 1914, 1921, 1922. Rows for 4, 2, 1 Klasse and 100, 200, 300 Kilometers.

Table with 3 columns: I. Kl., II. Kl., III. Kl. Rows for 50, 100, 200, 300 Kilometers.

Die Posttarifpreise betragen ab 1. Februar: für I. Klasse 200,-, für II. Klasse 100,-, für III. Klasse 60,-.

Zur Veranschaulichung geben wir nachfolgend die neuen Preise für einige wichtige Stationen:

Table with 4 columns: Station, I. Kl., II. Kl., III. Kl. Rows for 19 Heidelberg, 61 Karlsruhe, 67 Baden-Baden, 183 Offenburg, 195 Freiburg, 213 Ronhans, 258 Speyer, 132 Suttgart, 226 Ulm, 373 Würzburg, 281 Nürnberg über Heidelberg-Würzburg, 81 Frankfurt, 625 Berlin, 622 Hamburg, 567 Bremen, 472 Leipzig, 500 Dresden, 465 Halle, 355 Breslau, 1222 Königsberg, 514 Magdeburg, 81 Mainz über Ludwigshafen ab Hainstadt, 280 Köln, 344 Duisburg, 363 Eilen, 307 Dortmund.

Hauptversammlung der Mieter-Vereinigung Mannheim.

Am Donnerstag fand, so wird uns geschrieben, im „Rodensteiner“ eine gutbesuchte Vertreterversammlung statt, in welcher zunächst der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Hauptlehrer Kamm, den Bericht des Vorstandes für

das Jahr 1921 gab. 3 Geschäftsjahre hat sich die Mietervereinigung stark entwickelt. Es ist aus ihr eine ansehnliche Organisation geworden, die jetzt eine eigene Geschäftsstelle und zwei Geschäftsführer besitzt und ab 1. Februar eine weibliche Hilfskraft beschäftigen wird.

Herr Müller berichtete als Rechner über die Kostenverhältnisse. Die Abrechnung weist eine Einnahme von 72.959,06 M. aus, der an Ausgaben 721.25,23 M. gegenüberstehen. Als dem Rechner und dem Hauptvorstand einstimmig Entlastung erteilt worden war, wurde die Neuwahl zum Vorstand vorgenommen.

Bei Punkt „Verschiedenes“ berichtet Herr Kamm über die Aussichten des Reichsmietengesetzes. Der Entwurf zu diesem Gesetz wird zurzeit im Reichstag behandelt. Es steht zu befürchten, daß die gesetzliche Miete nicht obligatorisch, sondern auf Wunsch auf die Wohnung jedes einzelnen Mieters oder Vermieters eingesetzt wird.

Die Mieter haben schlechte Aussichten. Es werden ihnen unangelegentlich Belastungen auferlegt. Die im Allgemeinen der Mieter liegenden Forderungen können nur dann sich durchsetzen, wenn die Mieterchaft einig ist und ihre Macht so vergrößert. Auch muß die Mieterchaft in jedem einzelnen Haus mehr zusammenarbeiten und zu den sich ergebenden Fragen einheitlich Stellung nehmen.

*Der neue Gepäcktarif. Neben der Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise, der Eilgut- und Expressaufsätze tritt vom 1. Februar ab auf den Deutschen Reichseisenbahnen noch eine Erhöhung der Gepäckfrachten ein.

Advertisement for Pilo shoe polish. Text: Glänzt im Nu, Schuhputz, und erhält die Schuh. Image of a shoe.

National-Theater Mannheim.

Der Freischütz. Herzinnig gab Fräulein Wulfa Heiten Webers Kennen. „Wenig Schablonen, begriffliche Restbestände und viel Eigenes“, wäre die kurze Formel. Einzelheiten sind bei solchen Gelegenheiten nicht wohl zu beschreiben, aber ein Moment ist dennoch hervorzuheben.

Haydns Schöpfung in der Volksingakademie

Haydns Musik kann niemals alt werden. Welche Ursprünglichkeit und Frische, welche Fülle von Eingebung und Phantasie birgt doch diese „Schöpfung“! Wie schön und eindringlich klingen uns diese Themen ins Ohr! Welch erhabener und genialer Kunstwille spricht aus ihr! Und wenn wir bedenken, daß man das tonmalterische Element in der Musik noch zu Wagners Zeiten vielfach mit überlegenem Sächeln und höhnischem Achselzucken ablehnte, so erscheint uns im Spiegel der Zeit Haydns die meisterhafte musikalische Ausformung der Vorgänge in der Natur von unerhörter Kühnheit.

gab, was sein Genius geschaffen. Wir vergessen keinen Augenblick, daß wir bei Haydn sind, dem unerwähnten Schönheitsfächer im Reich der Töne, der jeden seiner Gedanken in entzückenden Wohlklang taucht.

In der Aufführung der Volks-Singakademie wurde diese erhabene Tonbildung klinge Wahrheit und tiefe, lebhafte Wirkung. Professor Schattschneider's Leitung war getragen von starkem Temperament, aber doch maßvoll abgemildert in der Auffassung und Zeichnung.

In der höchst anspruchsvollen klassischen Aufgaben triffen sich die Hamburger Sopranistin Käthe Reugebauer-Kapold, der Tenorist Antoni Rohmann aus Frankfurt und Herr Kammer-Sänger Wilhelm Bentzen vom hiesigen Nationaltheater. Käthe Reugebauer-Kapold bringt für die außerordentlich schwierige Partie des Ertragens Gabriel den herrlichen, kraftvollen Sopran und den reinen Gesang einer klaren und warmen Stimme mit.

Stimme und durch die innige Beseelung seines Urteils, dem er in der Arie „Mit Würd und Hobeit“ einen ergreifenden Höhepunkt schuf und durch seine in schönster Ruhe der melodischen Linie sich auslebende Kantilene in heroischer Weise dienste. Herr Bentzen war als Kapharä ganz vollendeter Ausdruckskünstler, leider nicht immer ganz rein in der Intonation, aber in seinen Uebeln von den Wogen des Meeres von der Erschöpfung der Meerewohner, der Tiere der Erde groß und tiefinnerlich im Vortrag und von übermäßigem Ausdruck. Nicht ganz klar in der Tongebung gerieten die Soloterzette. Als Ganzes aber ließ die Aufführung die Schönheiten des handlichen Wertes, die Kraft und Farbenreueigkeit der vocalen und instrumentalen Arbeit, die Klarheit der Motive, die schöne Vollständigkeit der Themen zur schönsten Geltung kommen, und alle Beteiligten, an ihrer Spitze der unerwähnte Dirigent, verdienen den begeistertsten Dank, mit dem das den Abstellungensoal bis zum letzten Platz füllende Publikum die Aufführung lohnte.

Ein Schauspielers-Wort zur Theaterdebatte.

Sie geben im folgenden den Wortlaut der Rede wieder, mit der sich das Mitglied des Nationaltheaters Herr Hans Godeff an der Theaterdebatte in der Bürgerauskunftung vom 27. d. M. beteiligte.

Meine Damen und Herren! Als ich das erste Mal im Saale zur Theaterdebatte Stellung nahm, beschränkte ich mich auf allgemeine große Gesichtspunkte. Anders muß es heute sein. Heute steht unser Theater vor einer Krise. Um diese Lasten kommen wir nicht herum. Und da wird es Pflicht, als Vertreter der Bürgerchaft und auch als Fachmann und Vertreter der Theaterangehörigen (wenn ich auch nicht von ihnen gewählt bin) zu sprechen zum Wohle des Ganzen.

Den inneren Betrieb beherrscht durchaus das Gefühl, daß etwas in der Luft liegt, daß eine Krise da ist, daß etwas geschehen muß, daß jeder heute aber auch mitverantwortlich ist. Wenn dies Gefühl der Mitverantwortung nicht jeden befehle, möchte ich dies als eine unverantwortliche Kurzsichtigkeit bezeichnen. Aber es geht uns im Theaterbetrieb wie in allen Betrieben heute im ganzen Reich:

Wir wollen alle Tage sparen Und brauchen alle Tage mehr. Dafür kann man zunächst nicht einen Einzelnen verantwortlich machen, nur das allgemeine Zeitseind. Das ist auch in den verschiedenen Sitzungen betont worden, die der heutigen Debatte vorausgingen und in denen kein positiver Antrag gestellt wurde. Ein Bemerk, wie schwer es ist, der Theaterkrise durch Anträge von außen beizukommen. Auch mit persönlicher und geschäftlicher Kritik schadet man nur der Sache, während man ihr doch nützen sollte.

Offene Stellen

Wir suchen einen sicheren u. gewandten Eisenbetontechniker mit gut. Büro- u. Baustellenpraxis. Ferner fleißigen, energischen **Bauführer** mit mehrjähriger Erfahrung zum baldmöglichsten Eintritt. Ausführliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften nebst Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten an **Josef Hoffmann & Söhne** G. m. b. H. E12 Ludwigshafen a. Rh., Bismarckstr. 69

Rheinische Maschinenfabrik A.-G. sucht zum baldigen Eintritt **Ingenieure u. Techniker** welche schon einige Jahre Konstruktionspraxis hinter sich haben, flott und sauber zeichnen können. Herren, die in der Hochmotorenkonstruktion tätig waren, bevorzugt. Angebote nebst Angabe des Eintrittstages, der Gehaltsansprüche, sowie Zeugnisabschriften sind zu richten unter H. X. 123 an die Geschäftsstelle.

General-Agentur einer bestbekanntesten Lebensversicherung, ohne ausschließliche Verpflichtung, in angenehmer, sehr lohnender Verdienform, zu vergeben. Erfolgreiche Fachleute oder andere geschäftsfähige Herren wollen sich ausführlich bewerben unter F 534 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 6355

Lehrling mit guter Schulzeugnissen von hiesiger Kochausbildung zu Otern gesucht. Angebote unter Q. F. 95 an die Geschäftsstelle des Blattes. 64722

Eisenbetonbaugeschäft sucht per sofort einen durchaus erfahrenen selbständigen **Kaufmann** sowie einen durchaus perfekten mit allen Kontorarbeiten vertrauten **Stenotypisten**

Angeworbene mit Gehaltsangabe und Zeit des Eintritts unter S. U. 59 an die Geschäftsstelle. 64738

Kohlengrosshandlung in Mannheim sucht für baldigen Eintritt brauchbaren einseitigen **Reisenden**

in Südbadland. Angebote unter M. M. 544 an die Geschäftsstelle & Vogler, Mannheim.

Wir suchen zum baldmöglichsten Eintritt einen **jungen Buchhalter**

Angebote mit Zeugnisabschrift, erbeten an 1014 Ludwigshafener Walzmühle.

Lastkraftwagen-Führer gebilfter Fahrer, mit Reparaturen vertraut **sofort gesucht.**

Brauerei Silbernagel, Bellheim

Lehrling für Großhandlung gesucht. Bedingung: mindestens Obersekundarstufe. Angebote unter Q. G. 96 an die Geschäftsstelle des Blattes. 64723

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt, spätestens jedoch zum 1. April eine **perfekte Stenotypistin.**

Angebote mit Gehaltsansprüchen, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild sind zu richten an **Pfalzwerke Aktiengesellschaft** Ludwigshafen a. Rh., Frankstraße 15.

Speditions-Beamte und zwar

- 1 Filialleiter
- 2 tüchtige Expedienten
- 1 Lagerist
- 1 Buchhalter

alles bevorzugte, in der Speditionsbranche wohl versierte Leute, möglichst in deutsch-schweizer Grenzgebiete erfahren, zu sofortigen Eintritt gesucht. Ausführliche Angebote unter X 1 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt 2 perfekte Stenotypistinnen und Kontoristinnen

Liebetrau & Hessel, Elektrizitäts-Gesellschaft Liebigstrasse 28-30. 1012

Perfekte Stenotypistin mit allen Kontorarbeiten vertraut, möglichst mit Kenntnissen der Schreibmaschinen, zu baldigem Eintritt für den Platz Mannheim gesucht.

Gefl. Angabe, mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Bild an: **Frey & Söhne, Einrichtungs G. m. b. H.** Frankfurt a. M., Theaterplatz 14.

Perfekte Stenotypistin persof. gesucht

Angebote unter J. N. 187 an die Geschäftsstelle des Bl. 1022

Gesucht zuverlässiges Fräulein oder Dame im Alter von 25-35 Jahren zur Führung meiner Privathaltung, und damit verbundener Vertretungsarbeiten. Kenntnisse in Stenographie und Buchführung sind erwünscht. Gehaltszeit 9-12 Uhr und 1/3 bis 7 Uhr. Ferner gesucht **tüchtige Stenotypistin** mit längerer Büroerfahrung. Ausführliche Angebote unter O. H. 933 an Rudolf Mosse, Mannheim. 613

Tüchtiger Kupf- und Wagenschmied kann sofort einsteigen, auch kann das geübteste eine Geschäftsbüroverhältnisse halber übernommen werden. 476

Leonh. Klein Schmiedemeister Bensheim (Hessen). Künstlerisch begabter **Zeichenlehrer** für zwei 15jährige Mädchen als Vorbereitung für höhere Kunstausbildung gesucht. Angebote unter S. W. 61 an die Geschäftsstelle. 6307

Zeugnisabschriften Schürtz O. T. 1 (526) Tel. 6170.

Jüngerer Hausbesitzer und Ausländer gesucht. 6302

Chr. Schwanzke, Markt.

Bote schulfrei, Radfahrer, zum 1. Febr. 1922 gesucht. 480

Übers. Nachrichtenbüro, Meerfeldstr. 53. **Mädchen für Botengänge** in und außerhalb der Büros gesucht. 6398

Werbere in der Geschäftsstelle des Bl. Blattes.

Vertretung und Warenniederlage

erfahrener Fabrikant von feinsten, käuflichen für Bezirk Mannheim gesucht. Büro und Lageräume in bester Lage stehen zur Verfügung. Zuschriften unter S. E. 44 an die Geschäftsstelle

Putz

Bachmann, langjähr. Nettender in Blumen und Federn, ist bereit, eine kleine Kollektion in gangbaren Grenadinen und Pantoffeln sowie deren Zutaten (auch auf eigene Rechnung) für ein leistungs-fähiges Haus mitzuführen. Zuschriften unter F. T. 12217 A, an Ala Hansensstein & Vogler, Frankfurt a. M. 6156

Kriegswitwe sucht Stelle in frauenlos. Haushalt, Zuschriften unter S. P. 54 an die Geschäftsstelle. 6498

Verkäufe. In Mannheim-Neckarvorstadt ist gut erhaltenes **Wohnhaus** mit 1 und 2 Zimmer, möbliert, Holzraum um 2000,-, verkehrsfähig. Näheres unter Nr. 5924 des Bl. 477

Georg Karl Immobilien-Spezialist, Büros, Mäntel, Kontorhaus Städt.

1 Federhandwagen 1 Handwagen mit verstellb. Sattel. **1 Reklama-Geschäftswagen** zu verkaufen. 64755

1 großer Spiegel Friedensmarke, 6 mm stark, 130x64 cm mit Facette s. v. Schöfer, Lützenberg, Eisenstraße 10. 64716

2 Speisezimmer ganz separat, Mahagoni, 170 cm u. 2 in breit, Bierzug für 16 Personen, beste Ausführung, sehr preiswert. Auf Wunsch Lagerung. **Wohlfahrt W. Tischler** R. 7, 16. 437

1 Karosserie (Landanlette) gebraucht billig zu verkaufen. 469 S. G. 36.

Piano nussb. pol. Fahrrad m. Freil. billig zu verkaufen. **Chares, Mag. Dörfelstr. 52, 1. P.** 6464

Kinderkorwagen gut erh. zu verk. 6511 **Schulz, Eichenstraße 12.**

Kauf-Gesuche. **Gesucht: Haus** mit Wirtschaft oder Kolonial-Geschäft bei hoch. Anziehung. Angebote u. R. C. 17 an die Geschäftsstelle. 6411

Kleineres Haus zu kaufen gesucht. Angeb. unter S. O. 55 an die Geschäftsstelle des Bl. 6490

2 Schreibische und 1 Aktenschrank in besterhaltenem Zustand, sofort zu kaufen gesucht. Ang. u. J. L. 116 an die Geschäftsstelle. 6358

Miet-Gesuche. **Einfach möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee u. feinem jungem Mann u. 1. Bed. errent. später gesucht. Gefl. Angebote unter H. Y. 174 an die Geschäftsstelle. 64727

Heirat. **Heirat** m. alt. Fräul. od. Witwe ohne Anhang u. netter, zensibildung u. netter, Charakter. Die Frau sollte gute Köchin u. tüchtig im Haushalt sein. Eintrittsbes. Zufuhr. unter Q. B. 11 an die Geschäftsstelle. 64727

Heirat. **Heirat** Geb. Herr wünscht mit Intellekt. geb. Dame bekannt zu werden, zwecks Heirat. 6459

Kind aus besserer Familie an **Kindenstätt** anzunehmen. 64729

Gesunder Knabe 4/5 Jahr alt, ohne gegenwärtige Bergart, als Tigen abzugeben. 6489

Wohn- u. Schlafzimmer od. großes Einzelzimmer. Gefl. Zufuhr. u. S. R. 56 an die Geschäftsstelle. 64737

Wohnungstausch. 3 Zimmer, Küche und **Wohnung im Stadtteil** in Mannheim. Angebote unter S. T. 85 an die Geschäftsstelle. 6501

alleinige Agentur für bekannte deutsche Firma. Eigene Vertretungen für Vertretung **E. H. C. P. Müller Ltd.** 25, Liverpool Street, London E. C. 2.

Wohnungstausch. 3 Zimmer, Küche und **Wohnung im Stadtteil** in Mannheim. Angebote unter S. T. 85 an die Geschäftsstelle. 6501

Wohnungstausch. 3 Zimmer, Küche und **Wohnung im Stadtteil** in Mannheim. Angebote unter S. T. 85 an die Geschäftsstelle. 6501

Wohnungstausch. 3 Zimmer, Küche und **Wohnung im Stadtteil** in Mannheim. Angebote unter S. T. 85 an die Geschäftsstelle. 6501

Wohnungstausch. 3 Zimmer, Küche und **Wohnung im Stadtteil** in Mannheim. Angebote unter S. T. 85 an die Geschäftsstelle. 6501

Wohnungstausch. 3 Zimmer, Küche und **Wohnung im Stadtteil** in Mannheim. Angebote unter S. T. 85 an die Geschäftsstelle. 6501

Möbl. Zimmer

für neu einziehende Dame in gutem Hause sofort zu mieten gesucht. 100

M. Hirschland & Co.

2-3 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör, wenn möglich in guter Lage der Stadt per sofort oder baldmöglichst gesucht. Dinge-lichteinstufung vorhanden, wenn möglich, werden Herri-ungsmöbel teilweise übernommen. Vermittler erhalten Vergütung. Angebote unter Q. H. 94 an die Geschäftsstelle des Bl. Blattes. 64721

Ladenlokal

in guter Lage oder **Wohnung**, ausge-
stattet oder nicht ausgestattet, sofort oder
später zu mieten gesucht. Vermittler auch

2 möbl. Zimmer

in guter Lage. Gefl. Angeb. an 538
Frey & Söhne, Einrichtungs G. m. b. H.
Frankfurt a. M., Theaterplatz 14.

Laden

mittl. Größe (1-2
Räume) in guter Ge-
schäftslage mögl. nahe
Markt gesucht. 6381
Angebote erbeten u.
O. Z. 150 an die
Geschäftsstelle.

Engl. u. Französ.

für Anfertigung u. Fortgeschrittenen. Eigene Methode.
Einführung gratis. Anmeldung jederzeit in der
D.-E.-F. Sprachschule O. G. S. Tel. 5201.

Geldverkehr

Beteiligung. Ein tüchtiger Kaufmann wünscht sich an
einem guten Fabrikunternehmen oder Eng-
schäftsbetrieb zu beteiligen. In Mannheim vorz.
sich außerhalb. Kapital nach Vereinbarung.
Angebote unter H. 4647 an D. Frey, G. m. b. H.
Mannheim. 6103

20000 Mark

gegen Zins und 400 M.
monatl. festen Gehalts-
anteil von reinem, gut-
gehendem Geschäft zu
Erweiterung gesucht.
Gute Sicherheiten sind
vorh. Nur Selbstgeber.
Angeb. u. R. A. 15 an
die Geschäftsstelle. 64731

Heirat

Witwe, Mitte 30 J.,
fein, bel. von Selbst-
und Bäckerei in Kurort
Schwarzwald, wünscht

Heirat

m. alt. Fräul. od. Witwe
ohne Anhang u. netter,
zensibildung u. netter,
Charakter. Die Frau sollte
gute Köchin u. tüchtig im
Haushalt sein. Eintrittsbes.
Zufuhr. unter Q. B. 11
an die Geschäftsstelle. 64727

Heirat

Geb. Herr wünscht mit
Intellekt. geb. Dame be-
kannt zu werden, zwecks
Heirat. 6459

Kind

aus besserer Familie an
Kindenstätt anzunehmen.
64729

Gesunder Knabe

4/5 Jahr alt, ohne gegen-
wärtige Bergart, als Tigen
abzugeben. 6489

Wohn- u. Schlafzimmer

od. großes Einzelzimmer.
Gefl. Zufuhr. u. S. R. 56
an die Geschäftsstelle. 64737

Wohnungstausch.

3 Zimmer, Küche und
Wohnung im Stadtteil
in Mannheim. Angebote
unter S. T. 85 an die
Geschäftsstelle. 6501

alleinige Agentur

für bekannte deutsche
Firma. Eigene Vertretungen
für Vertretung
E. H. C. P. Müller Ltd.
25, Liverpool Street,
London E. C. 2.

Wohnungstausch.

3 Zimmer, Küche und
Wohnung im Stadtteil
in Mannheim. Angebote
unter S. T. 85 an die
Geschäftsstelle. 6501

Mannheimer Wohnungs-Anzeiger

Wohnungstausch-Anzeiger — Mannheimer Mieter-Zeitung

Anzeiger für den gesamten Wohnungsmarkt

Herausgeber, Verleger und Drucker:
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H.
Geschäftsstelle E. 6, 2, Fernsprecher 7940-7945

Nr. 4 zu beziehen

durch die Geschäftsstelle des Mannheimer
General-Anzeigers — E. 6. 2
und Zweigstelle Waldhofstrasse 6

Historich Brandt, B. 2, 13
H. Schneider, D. 1, 18
Hofstr. Hirschberger, D. 2, 8
Damm, Dultenwieser, B. 2, 17
v. Dries, Papierhandlung, F. 3, 17
Franz Zimmermann, G. 5, 1
H. Ammerling, G. 5, 5
Vaterland, F. 1, 1
Verlag, F. 1, 1
Ditzbold, Holz-Verk., Hauptpostamt
Frank. Zeit.-Verk., Hauptpostamt
Georg Altmeyer & Buchhandlung, O. 5, 5
H. Reicher, O. 4, 9
Adolf Bauer, Papierhdlg., P. 2, 1
Friedr. Schöler, P. 2, 6
Witt, F. 1, 1
H. Köhler, F. 1, 1
L. Berg, Papierhandlung, U. 1, 5
Sindt, Bredt, U. 1, 1
S. Wegmann, U. 4, 1

Otto Sutter, Friedrichsplatz 16
W. Walter, Jungbudenstr. 1
M. Wagners, Kistenstr. 1a
Käferle, Meierstr. 61
Dachhölzl, Zigarrengeschäft,
Meierstr. 47
A. Schenk, Papierhdlg., Hühnerstr. 17
Klass, Hühnerstr. 14
E. O. Kraus, Schwetzingenstr. 4
H. Gebauer, Schwetzingenstr. 34
P. Hübner, Schwetzingenstr. 23
H. Hübner, Schwetzingenstr. 101
J. Reiser, Sedanbrennerei, 94
W. Nöbel, Tatterhühnerstr. 2
G. Karcher, Tullstr. 10
Sindt, Waldhofstr. 6
Carl Ringwald, Papierhandlung,
Neckarstr. 21
Dachhölzl, Schwetzingenstr. 101
Ludwigshafen a. Rh.

